

drohung richten (Kuwait hat einen derartigen Pakt bisher abgelehnt). Der saudi-arabische Innenminister bezeichnete die Iraner sogar als die „Terroristen der Golf-Region“ (Kuwait Times, 27. 12. 81), und so ist die *Parteinahme der Ölstaaten für den Irak* nur allzu verständlich. Versuche des Iran, zu den kleineren Golfstaaten bessere Beziehungen herzustellen, schlugen bisher fehl. Auch zu den meisten anderen Staaten der arabischen Welt hat er ein sehr gespanntes Verhältnis. Ende 1981 wurde der iranische Geschäftsträger im Nordjemen ausgewiesen, nachdem er dort eigenhändig Flugblätter gegen den Irak verteilt hatte. Und im Juni 1982 wies der Sudan alle iranischen Diplomaten wegen „feindlicher Aktivitäten“ aus, ohne daß der Vorwurf konkretisiert wurde.

Änderungen im Verhältnis zur Sowjetunion

Damit besitzt der Iran im arabischen Lager nur noch wenige Freunde. Hierzu zählen vor allem Libyen und Syrien, mit denen im Juni 1982 offiziell Pläne zur Aufstellung einer *Freiwilligen-Armee für den Libanon* besprochen wurden. Ebenso vereinbarte man im April 1982 eine engere

politische und wirtschaftliche *Zusammenarbeit mit dem Südjemen*. Hierbei handelt es sich um Staaten, die trotz teilweiser ideologischer Gegensätze recht gute Beziehungen zur UdSSR unterhalten. Und auch der Iran selbst betrachtet die Sowjetunion nicht mehr als feindliches Land. Zu dem mittlerweile fast gutnachbarlichen Verhältnis dürfte sicher auch die Lieferung sowjetischer Waffen beigetragen haben, die der Iran über Libyen, Syrien und Nordkorea erhielt. Die Vertiefung der Beziehungen wird dabei besonders deutlich an den zahlreichen Handelsabkommen, die der Iran in letzter Zeit mit der UdSSR und anderen Staaten des Ostblocks abschloß.

Der *vermehrte Einfluß der Sowjetunion im Iran* ist eine vielleicht noch größere Gefahr für die Golfregion als der iranische Fundamentalismus. Denn dieser ist als extreme Variante nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragbar, zumal dort bereits auf eigenen Traditionen aufbauende fundamentalistische Bewegungen existieren. Die Annäherung an die UdSSR schadet darüber hinaus sogar dem „Export“ der iranischen Revolution. Eine mit dem Iran verbündete Sowjetunion wäre ein politischer und militärischer Machtfaktor, der die Kräfteverhältnisse in der Region weit eher und tiefgreifender verändern könnte.

Peter Drews

Interview

Was kann die katholische Soziallehre leisten?

Ein Gespräch mit Professor Walter Kerber

Nicht nur die Enzyklika „Laborem exercens“ hat das Interesse auf die katholische Soziallehre gelenkt; auch angesichts der gegenwärtigen gesellschafts- und sozialpolitischen Probleme ist die Frage naheliegend, inwiefern die Orientierung an der Soziallehre der Kirche hilfreich sein kann. Wir sprachen darüber mit Professor Walter Kerber SJ (München). Die Fragen stellte Ulrich Rub.

HK: Herr Professor Kerber, man kann zur Zeit immer wieder hören, daß es ein verstärktes Interesse an der katholischen Soziallehre gebe, nachdem vor nicht allzu langer Zeit über ihre Vernachlässigung geklagt wurde. Ist das vor allem Zweckpropaganda der Leute, die dieses Fach hauptberuflich betreiben, oder steckt mehr dahinter?

Kerber: Vom neuen Aufschwung der katholischen Soziallehre höre ich spätestens seit dem Katholikentag von Mönchengladbach 1974. Tatsächlich werden in der letzten Zeit soziale Grundsatzfragen wieder stärker erörtert, und damit ist auch das Interesse dafür gewachsen, was die Kirche zu diesem Thema zu sagen hat. Beispielsweise hat

der Sammelband „Texte zur katholischen Soziallehre“ einen überraschend starken Absatz gefunden, allerdings mehr noch in außerkirchlichen Kreisen als in kirchlichen selbst. Nur habe ich manchmal ein wenig den Eindruck, mit der katholischen Soziallehre verhalte es sich wie mit der Wirtschaft, von der wir dauernd hören, daß der Aufschwung kommt, und froh wären, wenn er endlich käme.

HK: Liegt das nicht daran, daß in der Aufbauphase der Bundesrepublik in beträchtlichem Umfang Grundgedanken der katholischen Soziallehre politisch umgesetzt wurden, dann aber für die Soziallehre die Versuchung um so größer war, sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen?

Kerber: Das ist sicher ein Grund: Wesentliche Elemente der katholischen Soziallehre sind in das Grundgesetz und in dessen Ausgestaltung durch die obersten Gerichte eingegangen und damit Verfassungswirklichkeit geworden. Insofern war zu diesen Grundgedanken wirklich nicht mehr viel zu sagen. Sobald allerdings solche Grundwerte in Frage gestellt werden, gewinnt die Soziallehre der Kirche sofort wieder an Aktualität.

„Man erwartet von der Soziallehre konkrete Handlungsanweisungen und die Sicherheit der katholischen Glaubenslehre“

HK: Das heißt, die gegenwärtige Renaissance der Soziallehre beruht nicht nur auf der Sehnsucht nach der guten alten Zeit der fünfziger Jahre ...

Kerber: Sicher ist bei einem Teil der deutschen Katholiken auch Nostalgie im Spiel. Sie erwarten von der katholischen Soziallehre im Grunde zweierlei: einerseits konkrete Handlungsanweisungen, andererseits aber auch die Sicherheit der katholischen Glaubenslehre, die solche Handlungsanweisungen trägt.

HK: Aber war das nicht gerade das große Plus der Soziallehre, daß sie beides leisten konnte oder doch mindestens zu leisten beanspruchte, sowohl die Absicherung ihrer Aussagen durch lehramtliche Autorität wie auch die Vermittlung konkreter Leitvorstellungen für die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung?

Kerber: Dieser Eindruck hing damit zusammen, daß Pius XII. in seinen vielen Ansprachen zu sozialen Fragen oft gerade auf spezifisch deutsche Probleme einging. Es brauchte bloß ein Bochumer Katholikentag etwas über das Naturrecht auf Mitbestimmung sagen, und bald konnte man aus Rom eine Ansprache des Papstes erwarten, der daran einige Korrekturen anbrachte, indem er vor der Bedrohung des Privateigentums warnte. So allgemein sich Pius XII. auch äußerte, der deutsche Katholik wußte doch, was eigentlich gemeint war, und konnte daraus seine Konsequenzen ziehen. Das ging so weit, daß sich die Unionsparteien eine Theoriediskussion weithin sparen konnten, weil in der katholischen Soziallehre, so wie sie Pius XII. explizierte, eigentlich schon alles Wichtige und Notwendige enthalten war.

HK: Abgesehen davon, daß sich politisch seit der Zeit Pius' XII. hierzulande vieles verändert hat, warum hat eigentlich die katholische Soziallehre diese Orientierungsfunktion inzwischen weithin eingebüßt?

Kerber: Dazu hat sicher eine ganze Reihe von Ursachen beigetragen. Aber ein wesentlicher Grund: Es hat sich ganz einfach herausgestellt – und zwar durch das Handeln der Kirche selbst –, daß vieles nicht zur eigentlichen und unwandelbaren Lehre gehörte, was man dafür hielt und was vielleicht sogar Pius XII. dazu gerechnet hatte. Bei allem Betonen der Kontinuität der Lehre haben spätere Päpste andere Akzente gesetzt. Die Schwierigkeit besteht, etwas übertrieben zugespitzt, darin: Das, was man als Wesensbestand einer katholischen Soziallehre mit Sicherheit formulieren und begründen kann, ist so einleuchtend, daß es ein vernünftiger Mensch im Grunde kaum bestreiten kann, wenn er es einmal begriffen hat. Über die konkreten Streitfragen ist aber ein eindeutiges Urteil oft nicht mit der Sicherheit formulierbar, als daß es darüber nicht auch entgegengesetzte Auffassungen geben könnte.

HK: Das hat sich auch bei der jüngsten päpstlichen Sozialzyklika wieder gezeigt: „*Laborem exercens*“ wurde zwar in der Bundesrepublik einhellig als bedeutendes und wegweisendes Dokument begrüßt; gleichzeitig waren aber quer durch die Lager und Interessengruppen sehr unterschiedliche Antworten auf die Frage zu hören, wer mit der Enzyklika eigentlich angesprochen sei ...

Kerber: „*Laborem exercens*“ ist auf einem sehr hohen philosophischen und teilweise auch theologischen Niveau abgefaßt. Das wirkt sich natürlich auf die Aussagen zu den einzelnen strittigen Problemfeldern aus. So mag es beispielsweise theoretisch richtig sein, wenn der Papst den Gegensatz von Kapital und Arbeit auf die grundlegenden moralischen Irrtümer des Ökonomismus und Materialismus zurückführt, denen eine Wirtschaftsordnung nicht verfallen darf. Das ist allerdings dann keine Antwort auf die uns seit wenigstens 150 Jahren beschäftigende Frage, wie der tatsächlich existierende Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit überwunden werden soll. In dieser Frage läßt mich die Enzyklika dann ziemlich allein.

„Die Deduktion aus allgemeinen Prinzipien stößt schnell an Grenzen“

HK: Hat das nicht auch damit zu tun, daß sie zu ungeschichtlich argumentiert? Kann man etwa einen Begriff der Arbeit von Gen 1, 28 her entwickeln, der dann durch alle geschichtlichen Veränderungen hindurch bis hin zur modernen Industriegesellschaft Gültigkeit haben soll?

Kerber: Mir scheint, daß „*Laborem exercens*“ in dieser Hinsicht sogar einen gewissen Rückschritt darstellt. Auf dem Konzil und auch schon vorher in „*Mater et magistra*“ war man sich der Geschichtlichkeit der sozialen Fragen stärker bewußt geworden. Der Anspruch, aus dem abstrakten Begriff der menschlichen Wesensnatur eine konkrete soziale Ordnung entwickeln zu können, wie er noch in der Überschrift von „*Quadragesimo anno*“ zum Ausdruck kam („Die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft“), ist schon von „*Mater et magistra*“ zurückgenommen worden. Dort ist von „jüngsten Entwicklungen des gesellschaftlichen Lebens und seiner Gestaltung im Licht der christlichen Lehre“ die Rede, es wird zwar vor Gefahren gewarnt, die mit diesen Entwicklungen gegeben sind und die vermieden werden müssen, aber der Anspruch wird nicht mehr aufrechterhalten, eine eigentliche Ordnung des gesellschaftlichen Lebens deduktiv aus dem Evangelium oder dem Naturrecht ableiten zu können, die nur gewissermaßen zwischenzeitlich gestört worden wäre.

HK: Müßte nicht die gewachsene Einsicht in die Geschichtlichkeit der Probleme, mit denen sich die Soziallehre herumschlägt, eine gehörige Portion Selbstbescheidung zur Folge haben?

Kerber: Wir wissen inzwischen nicht nur deutlich genug, daß bei unhistorischen Aussagen Vorsicht geboten ist,

sondern auch, daß die Deduktion aus allgemeinen Prinzipien schnell an Grenzen stößt. Mein Mitbruder Wallraff hat einmal gesagt, wenn die Barbaren vor den Toren stehen, dann wird die katholische Soziallehre aktuell. In den konkreten Fragen etwa der Gestaltung der Rentenversicherung oder bei vielen anderen Problemen, die den Politiker heute bedrängen, muß es die katholische Soziallehre dagegen bei allgemeinen Richtlinien belassen, wenn sie nicht ihre Grenzen überschreiten will.

HK: Heute steht die Kirche und damit auch die Soziallehre vor der Frage, wie sie sich zu Bewegungen verhält, die lange Zeit selbstverständliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Orientierungen in Frage stellen und alternative Lösungen vorschlagen. Ist die Soziallehre, sind ihre Träger in der Kirche für die Herausforderungen heutiger „alternativer“ Strömungen überhaupt sensibel genug?

Kerber: Man wird vom kirchlichen Amt wohl nicht erwarten dürfen, in umstrittenen Fragen den Vorreiter zu spielen. Riskante Vorstöße in neue Gebiete sind in der Geschichte der Kirche gewöhnlich von Bewegungen der Basis ausgegangen. Oftmals bedurfte es dabei auch zunächst einer gewissen Abklärung. Andererseits gehört es sicher zur Aufgabe der Kirche, nicht nur Altbewährtes zu wiederholen, sondern auch gerade neue Probleme der Gegenwart und Zukunft aufzugreifen. So bin ich einerseits eigentlich darüber froh, daß etwa der Bericht des Club of Rome nicht von einer kirchlichen Stelle veröffentlicht wurde; denn er war in vieler Hinsicht angreifbar und ergänzungsbedürftig. Aber ohne Zweifel bedeutet die Umweltkrise eine ganz vitale Bedrohung der Menschheit, und daß wir nicht so weiter machen können wie bisher, darauf muß auch die Kirche drängen ...

„Man hat hierzulande bei allem, was von links kommt, einen sehr empfindlichen Nerv“

HK: Das von Vertretern der Umweltbewegung gelobte Papier der Bischofskonferenz vermittelt zweifellos Denkanstöße, ohne autoritär zu verordnen. Ist diese Art der Argumentation aber für unsere Verhältnisse nicht doch ein untypischer Einzelfall? Wird nicht im allgemeinen die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung eher vor schnell affirmiert als kritisch abgeklopft?

Kerber: Da besteht sicher eine reale Gefahr. Wir tun beispielsweise in Deutschland so, als ob die soziale Marktwirtschaft die von der katholischen Soziallehre gedeckte und befürwortete Wirtschaftsordnung wäre. Ich komme aus der Freiburger Schule und kann deswegen gute Argumente zugunsten der bei uns vorherrschenden relativ liberalen sozialen Marktwirtschaft vorbringen. Von der katholischen Soziallehre aus kann ich aber nur sagen: Die soziale Marktwirtschaft fällt zwar durchaus unter den breiten Mantel der katholischen Soziallehre. Sie ist aber nicht die einzige von ihr aus legitime Wirtschaftsordnung, wie das manchmal bei uns behauptet wird.

HK: Sind hier nicht auch noch alte politisch-ideologische Berührungspunkte im deutschen Katholizismus im Spiel?

Kerber: Man hat hierzulande im Katholizismus bei allem, was von links kommt, einen sehr empfindlichen Nerv und ist dementsprechend vorsichtig gegenüber allem, was von der Basis her an „linkem“ Gedankengut integrierbar wäre. Diese Vorsicht erstreckt sich selbst auf eigene Verlautbarungen. So ist das Arbeiterpapier der Synode, das für den deutschen Katholiken doch eine hohe Lehrautorität besitzen sollte, nicht in dem Maß rezipiert worden, wie man es eigentlich hätte erwarten können, weil es vielen zu linkslastig erschien.

HK: Müßte nicht eine größere Sensibilität der katholischen Soziallehre für das ganze politische und gesellschaftliche Spektrum hierzulande Hand in Hand gehen mit mehr Offenheit für neue Wege der sozialetischen Urteilsbildung und der gesellschaftlichen Praxis der Kirche in anderen Erdteilen? Hat da nicht die deutsche Soziallehre einiges aufzuholen, nachdem einige ihrer Vertreter vor Jahren heftig gegen die lateinamerikanische Theologie der Befreiung polemisiert haben?

Kerber: Ich bin überzeugt, daß gerade der Weg, auf dem die Basisgemeinden Lateinamerikas eine Soziallehre für ihren Kontinent entwickeln, im Laufe der Zeit auch von der offiziellen Kirche stärker rezipiert werden wird, einfach weil er in der konkreten Situation den Willen Gottes aufzeigen kann. Natürlich muß man sich bei der Umsetzung der Wahrheit des Evangeliums in konkrete Handlungsformen fragen, auf welchem Boden diese Übersetzungsarbeit vor sich geht. Es ist nicht zu leugnen, daß auf diesem Weg auch Gefahren liegen. Aber wer das Evangelium in unsere Zeit zu übersetzen versucht, kann sich der Gefahr des Irrtums nicht ganz entziehen ...

HK: Muß man nicht schon deshalb mehr Verständnis für neu entstehende regionale Differenzierungen der kirchlichen Sozialverkündigung aufbringen, weil auch die Soziallehre der letzten Jahrzehnte kein so homogenes Gebilde war, wie es oft den Anschein hat?

Kerber: Die Soziallehre der Kirche ist kein so in sich geschlossener Block, wie man ihr manchmal unterstellt. Sie hat auch eine recht wechselhafte Entwicklung hinter sich, wurde im Laufe ihrer Geschichte immer wieder auch in wesentlichen Punkten korrigiert. So stehen Dinge in „*Resursum novarum*“, die wir heute unmöglich so noch sagen würden. Aber warum soll die Kirche, wenn sie sich schon vom Heiligen Geist geführt weiß, denn nicht im Laufe der Geschichte etwas dazulernen können? Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Kirche solche Selbstkorrekturen eigentlich nie zugegeben hat aus der verständlichen Angst heraus, Autorität einzubüßen. Das hat aber zur Folge, daß man heute noch kirchliche Dokumente aus der Vergangenheit zitieren kann für Auffassungen, die die Kirche inzwischen längst aufgegeben hat.

HK: Nun beruft sich die katholische Soziallehre ja unbeschadet aller Auslegungsdifferenzen auf einige Grund-

prinzipien, die sie auch für die gesellschaftspolitischen Fragestellungen der Gegenwart als hilfreich und wegweisend empfiehlt. Kann sie das mit gutem Recht?

Kerber: Traditionelle Grundprinzipien wie Solidarität und Subsidiarität sind sicher überzeitlich gültig, sie werden weiterhin beibehalten werden können und müssen. Aber aus sich heraus sind sie noch zu abstrakt, um genügende Handlungsorientierung zu bieten. Entscheidend ist, wie die Akzente gesetzt werden. So hat die Enzyklika „Populorum progressio“ die Katholiken auf die neue soziale Frage der Entwicklungsländer aufmerksam gemacht und insofern eine prophetische Funktion erfüllt. Auf welchem Wege im einzelnen diese neue soziale Frage gelöst werden könnte, darüber können wir vom Lehramt kaum bindende Weisungen erwarten, bestenfalls Vorschläge und Anregungen.

„Die Kirche darf nicht Partisanin bestimmter gesellschaftlicher Gruppen werden“

HK: Muß aber nicht das Hervorheben solcher prophetischer Spitzenaussagen mit dem Anliegen der Soziallehre in Spannung geraten, möglichst sachgerecht-differenziert zu urteilen und die verschiedenen Standpunkte gegeneinander abzuwägen?

Kerber: Die Kirche darf nicht Partisanin bestimmter gesellschaftlicher Gruppen werden und dafür andere Gruppen, seien sie nun rechts oder links, von vornherein ausschließen, wenn das nicht von der Sache her eindeutig geboten ist. Das ist es aber nur in den seltensten Fällen. Es schiene mir angemessener, dem pluralistischen Spiel der Kräfte auch innerhalb der Kirche die Chance zu geben, durch argumentative Diskussion die Dinge auszutragen, als schon sehr früh durch Lehrentscheidungen oder speziell in der Bundesrepublik am goldenen Zügel der Subventionen durch Unterstützung bestimmter Kräfte Entwicklungen einseitig zu beeinflussen.

HK: Besteht die Alternative darin, daß sich die Kirche bei uns in ähnlicher Weise gesellschaftspolitisch exponiert, wie es die lateinamerikanische Kirche in den vergangenen Jahren getan hat und immer noch tut?

Kerber: Ich bewundere die Versuche der lateinamerikanischen Kirche, aus ihrer – sicher wesentlich explosiveren – sozialen Situation heraus zu einer eigenständigen katholischen Soziallehre zu kommen, statt sich mit bloßer Interpretation oder Anwendung von kirchenamtlichen Stellungnahmen zu begnügen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß man alle diese Versuche schon als geglückt ansehen müßte. – Demgegenüber hat unsere Kirche in Deutschland durch ihre Integration in das politische und wirtschaftliche System zwar hervorragende äußere Lebensbedingungen und auch eine recht bedeutende Machtposition, aber der einzelne Christ sieht in seiner Kirche – bei allem Reden „die Kirche sind wir“ – doch sehr stark die amtliche Institution, die ihm gegenübersteht und die

vor allem darauf achtet, daß alles „richtig“ und in geregelten Bahnen verläuft und kein Wildwuchs entsteht. ...

HK: Läge hier nicht der klassische Auftrag der Verbände, die sich ja oft und gern auf die katholische Soziallehre berufen? Nehmen sie eigentlich die Aufgabe hinreichend wahr, zunächst einmal innerhalb der Kirche eine offene Diskussion über die möglichen gesellschaftspolitischen Konsequenzen zu gewährleisten, die sich aus dem christlichen Glauben ergeben können?

Kerber: Die Verbände haben sicher den Vorteil, daß sie im eigenen Namen und nicht gleich im Namen der deutschen Kirche sprechen und so auch divergierende Meinungen untereinander ins Gespräch bringen können. Gerade „Octogesima adveniens“ hat die Legitimität eines innerkirchlichen Pluralismus ausdrücklich hervorgehoben. Es brauchen keinesfalls alle Katholiken dieselbe Sprache zu sprechen. Im christlichen Glauben und im letzten Ziel ist man sich zwar einig, aber in konkreten Fragen „muß freie Wahl bestehen zwischen verschiedenen Wegen zum Ziel“. Aber bei uns werden solche Auseinandersetzungen schon sehr früh und auf sehr verschlungenen Wegen zu bremsen versucht um der Einheit nach außen willen.

„Das Solidaritätsprinzip gewinnt erneut Bedeutung“

HK: Einmal vorausgesetzt, die katholischen Laien und auch ihre offiziellen Organe würden ihre spezifische Verantwortung deutlicher wahrnehmen; wo müßte dann heute das Schwergewicht ihres Engagements liegen?

Kerber: Es wäre eine wichtige Aufgabe der Verbände, aus dem Glauben heraus, aber auch über die allgemeinen Wahrheiten hinaus verschiedene Pilotprojekte zu entwickeln, durch die neue konkrete Wege und neue Antworten zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen erprobt werden. Der Freiraum, der innerhalb der Kirche dafür zweifellos besteht, muß genutzt werden. Dabei wird sich manches als utopisch herausstellen, aber die Kirche kann unter Umständen zu einem späteren Zeitpunkt solche Projekte dann auch übernehmen und sie zu eigen machen.

HK: An mehr oder weniger ausgegorenen Pilotprojekten fehlt es im deutschen Katholizismus nicht. Zahlreiche Gruppen, nicht nur in den Jugendverbänden, engagieren sich in der Friedensbewegung, für Anliegen der Dritten Welt oder in der Umweltbewegung. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die offizielle Kirche dem mit einem weinenden und einem lachenden Auge zusieht: Man will die Ernsthaftigkeit dieses Engagements aus dem Evangelium heraus anerkennen, geht aber andererseits gegenüber konkreten Forderungen zu Recht oder zu Unrecht auf vorsichtig-kritische Distanz ...

Kerber: Es kann nur eine argumentative Auseinandersetzung weiterhelfen. Hier funkt es innerhalb der Kirche eigentlich noch zu wenig, viele Jugendliche trauen sich auch

nicht recht hervor. Wir haben einfach zu viel Angst vor Entwicklungen wie auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg. Wenn die jungen Menschen tatsächlich in gesellschaftlichen Grundfragen so denken, wie sie denken, dann muß sich auch die Kirche den entsprechenden Fragen stellen und muß darauf eingehen. Daran führt kein Weg vorbei.

HK: Das setzt allerdings Lern- und Hörbereitschaft auf beiden Seiten voraus. Kann man nicht auch jugendliches Engagement vorschnell heiligsprechen?

Kerber: Natürlich sollte man das nicht. Nur mache ich die Erfahrung, daß beispielsweise meine Studenten, seien sie nun katholisch oder nicht, durchaus bereit sind, auf ein Wort der Kirche zu sozialen Fragen zu hören und es auch anzunehmen, aber nicht auf bloße Autorität hin, sondern wenn ihnen die vorgebrachten Gründe als vernünftig einleuchten, also auf seine naturrechtliche Evidenz hin, wie man früher gesagt hat.

HK: Steht dem aber nicht gerade der belastete Begriff Naturrecht im Weg?

Kerber: Johannes Paul II. sucht das Wort Naturrecht zu vermeiden und spricht lieber von den Menschenrechten. Aber die Sache selbst, die Überzeugung, daß es Rechte gibt, die dem Menschen nicht erst durch positive Gesetzgebung zukommen, also Naturrecht in diesem weiten Sinne, wird gerade von jungen Menschen als selbstverständlich akzeptiert. Was steckt denn hinter den Protestbewegungen anders als ein Appell an ein Naturrecht? Daran läßt sich durchaus anknüpfen, wobei mit dem Begriff des subjektiven Menschenrechts etwa auf Widerstand allerdings auch hervorragend Demagogie betrieben werden kann. Selbst die Menschenrechte, wie sie in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen formuliert sind, sind teilweise zunächst nur Zielvorstellungen, für deren Verwirklichung wir uns einsetzen müssen, keine unmittelbar geltenden subjektiven Rechte. Wieweit beispielsweise das Recht auf Teilhabe an der politischen Verantwortung, das Johannes Paul II. zu den Menschenrechten zählt, in einem Land Lateinamerikas von allen Bürgern wahrgenommen werden kann, das ist eine sehr viel konkretere Frage.

HK: Uns beschäftigt gegenwärtig zwar auch die Frage, ob die Formen politischer Partizipation, wie sie in der Verfassung verankert sind, noch ausreichen; aber wichtiger ist doch, ob und wie wir mit den Verteilungskämpfen fertig werden, die aufgrund der wirtschaftlichen Aussichten in den nächsten Jahren verstärkt ins Haus stehen. Wird dadurch die Soziallehre nicht in besonderem Maße herausgefordert?

Kerber: Verteilungsgerechtigkeit ist ein sehr schwieriger Begriff. Heute machen die verschiedensten Gruppen mit plausiblen Argumenten Gerechtigkeitsansprüche geltend, bei denen nur nicht zu sehen ist, wie sie gemeinsam verwirklicht werden können. In einer wachsenden Wirtschaft ist dieser Widerspruch übertüncht worden durch die

Möglichkeit, allen Gruppen mehr zu geben. Da nun einmal weniger zu verteilen ist, werden Auseinandersetzungen sicher an Härte zunehmen. Hier gewinnt das Solidaritätsprinzip der katholischen Soziallehre erneut an Bedeutung, weil wir wieder lernen müssen, argumentativ und nicht durch bloßen Machtdruck von Interessengruppen darüber zu streiten, wie wir die knapper werdenden Güter auf die einzelnen Gruppen verteilen wollen.

„Vermögensbildung in breiten Schichten könnte ein gangbarer Weg zu einer Art Systemveränderung im positiven Sinn sein“

HK: Ist Solidarität nicht ein viel zu schillernder Begriff? Muß nicht sofort die Frage auftauchen, für wen diese Solidarität im konkreten Fall mehr gilt und für wen weniger?

Kerber: Unter Solidarität verstehe ich im Sinne der katholischen Soziallehre nicht die Solidarität bloß mit bestimmten Gruppen, sondern das Bewußtsein, daß über allen sozialen Gegensätzen der Bestand des gemeinsamen Zusammenlebens ein vorrangiger Wert ist.

HK: Die Soziallehre spricht hier traditionellerweise vom Gemeinwohl ...

Kerber: Gemeinwohl ist ein genauso schillernder Begriff wie Gerechtigkeit. Jeder meldet natürlich seine Ansprüche im Namen des Gemeinwohls an und kann auch Argumente dafür vorbringen. Er wird sich – und darin liegt die eigentliche Zielrichtung der Rede vom Gemeinwohl – allerdings vom Recht anderer Gruppen her Einschränkungen gefallen lassen müssen.

HK: Genügt es, solche im Ernstfall zu vagen Grundbegriffe wie Solidarität und Gerechtigkeit neu herauszustellen, oder muß sich die katholische Soziallehre, unbeschadet dessen, was wir bisher über ihre methodischen und sachlichen Grenzen gesagt haben, auch nicht doch konkreter auf die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen einlassen?

Kerber: Sie muß sich sicher der Frage stellen, welche Umgestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung zugunsten von mehr Gerechtigkeit möglich ist. Ich meine z. B., daß gerade unter den gegebenen Verhältnissen einer wirtschaftlichen Flaute, in denen eine Erhöhung der Konsumlöhne der Arbeitnehmer nicht gut möglich ist, eine Beteiligung am industriellen Produktivkapital, also die Vermögensbildung in breiten Schichten, ein gangbarer Weg zu einer Art Systemveränderung im positiven Sinn sein könnte ...

HK: An diesem einen Punkt scheint aber „Laborem exercens“ in der Soziallehre etwas in Bewegung gebracht zu haben. Es wird ja darüber diskutiert, ob der Papst nicht eine Art „laboristische“ Wirtschaftsordnung befürwortet. Ist dieser Anstoß gegenwärtig hilfreich und führt er weiter?

Kerber: Daß der Arbeiter den Betrieb als seinen Betrieb sollte erfahren können, das ist eine Forderung, die schon immer in der Tradition der Soziallehre eine Rolle gespielt hat. Ich verweise nur auf „Quadragesimo anno“. Wie dieses Ziel konkret verwirklicht werden soll, darüber sagt auch „Laborem exercens“ wenig. Mir scheint aber, daß eine Beteiligung am Kapitalvermögen der Unternehmen ein durchaus praktikabler Weg wäre, hier ein Stück weiterzukommen.

„Wir werden mit geringerem Blechwachstum glücklich sein müssen“

HK: Es ist auch heute eine unbestrittene Aufgabe der Soziallehre, sich über die Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung Gedanken zu machen und, wenn möglich, konkrete Anregungen zu geben. Wir sehen uns aber auch einem tiefer ansetzenden Widerspruch gegen die Wettbewerbs-, Leistungs- und Konsumgesellschaft gegenüber. Muß sich die Soziallehre in dieser Situation eher zum Anwalt der marktorientierten Industriegesellschaft machen, oder sollte sie stärker ins Horn der Kritiker stoßen?

Kerber: Ich bin davon überzeugt, daß der Markt und die Marktwirtschaft für die Feinabstimmung der Wirtschaftslenkung ein unübertroffenes Instrument darstellt. Wir haben in der Bundesrepublik ja die soziale Marktwirtschaft aufgebaut, wesentlich inspiriert von der Schule des Ordo-Liberalismus, und damit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Die Marktwirtschaft braucht also, auch wenn sie nicht das grundlegende Ordnungsmodell der katholischen Soziallehre ist, nicht abgeschafft zu werden. Die fundamentalen Gerechtigkeitsfragen, wie z. B. das Verhältnis von Kapital und Arbeit, können allerdings nicht nach dem Prinzip des Wettbewerbs gelöst werden.

HK: Mit dieser Auskunft dürfte sich aber ein radikaler Kritiker unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung kaum zufriedengeben ...

Kerber: Natürlich kann man die negativen Auswirkungen der Marktwirtschaft wie die Ausrichtung nur am ökonomischen Kalkül und den psychologischen Leistungsdruck nicht einfach beiseite schieben. Es gibt ja viele junge Leute, oft Ingenieure und Wirtschaftswissenschaftler, die heute zu der an sich richtigen Erkenntnis kommen, daß der Status, den sie in der Gesellschaft erreicht haben, ihren Zielen entspricht und nicht einsehen, warum sie sich eigentlich kaputt machen und einen Herzinfarkt holen sollten, nur um die Bilanz des Unternehmens aus den roten Zahlen zu bringen...

HK: Eine zugegebene abrupte Schlußfrage: Könnte das verstärkte Interesse an der katholischen Soziallehre im ganzen gesehen ein gutes Zeichen für die Kirche und für unsere Gesellschaft sein, unbeschadet aller kritischen Reserven, von denen wir gesprochen haben?

Kerber: Ich glaube, daß die katholische Soziallehre nach wie vor Zukunft hat. Der Weg, auf dem Menschen für ihre Aussagen zu sensibilisieren sind, führt in erster Linie über das Beispiel. Die Bischofssynode 1971, bei der es um die Gerechtigkeit in der Welt ging, hat selbstkritisch festgestellt, daß niemand anderen von Gerechtigkeit predigen darf, der nicht im eigenen institutionellen Rahmen diese Gerechtigkeit verwirklicht. Auf die Kirche in der Bundesrepublik angewandt, die selber Unternehmer ist, heißt das: sie hat die Aufgabe, exemplarisch zu verwirklichen, wie beispielsweise ein Arbeitsverhältnis gerecht zu gestalten ist. Sie sollte zeigen, wie die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gerade bei einem Unternehmen, das nicht auf materielle Güter hin ausgerichtet ist, aussehen kann.

Reportage

„Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt“

Der 87. Deutsche Katholikentag in Düsseldorf

Es dürfte für die künftige Erforschung und Deutung der kirchlichen Zeitgeschichte der Bundesrepublik eine reizvolle Aufgabe sein, der Frage genauer nachzugehen, warum es in den späten siebziger Jahren zu einer überraschenden *Neubelebung* und gleichzeitig zu einer erheblichen *Veränderung* der Institution *Kirchen- und Katholikentag* kam. Den Beginn dieser neuen Entwicklung markieren jedenfalls der Freiburger Katholikentag von 1978 und der im darauffolgenden Jahr abgehaltene Evangelische Kirchentag in Nürnberg, sie setzte sich in Berlin bzw.

Hamburg fort. Auch der 87. Deutsche Katholikentag, der vom 1. bis 5. September in Düsseldorf stattfand und mehr als 100 000 in der Mehrzahl jugendliche Teilnehmer zusammenführte, bewegte sich weithin in den Bahnen, die von seinen beiden Vorgängern vorgezeichnet waren, sowohl was die vom Veranstalter vorgegebene *Programmstruktur* wie das den *Grundcharakter* des Ereignisses selber angeht. Nicht zuletzt durch die Wahl des Leitwortes wollte man die Verbindung des Düsseldorfer Treffens mit den beiden letzten Katholikentagen deutlich machen: